



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/IX/236 - 18.10.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

Parallel-Aktionen	S. 1
Wahlerfolge der Österreichischen Sozialisten	S. 3
Zu den "Wahlen" in der Sowjetzone	S. 4
Altbadener werden wieder aktiv.	S. 6

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

Das eine tun, das andere nicht lassen

Zur Deutschlandpolitik der Westmächte

P-R Die relativ schnelle Einigung auf der Londoner Konferenz hat vielfach zu übertriebenen Erwartungen im Hinblick auf den weiteren Ablauf der dort eingeleiteten Entwicklung geführt. Sie werden von manchen Kreisen bewusst genährt und der Eindruck wird erweckt, als sei alles schon in schönster Ordnung. Auch das ist wieder eine der vorzeitigen Voraussagen, wie sie in der Vergangenheit so oft durch die Wirklichkeit widerlegt worden sind.

Schon die Verhandlungen, die am Mittwoch in Paris beginnen, haben ein sehr umfangreiches und schwieriges Programm zu erledigen. Offizielle Mitteilungen über das Ergebnis der internen deutschen Vorbesprechungen liegen nicht vor. Was an Vermutungen laut geworden ist, schafft keine Klarheit. Man weiß nicht, was die so genannten "Anwendungsprotokolle", die neue Form des Generalvertrages, nach Auffassung der Bundesregierung enthalten sollen, weiß nichts über Art und Umfang der vorgesehenen gesetzlichen deutschen Regierungsmassnahmen, die an die Stelle der "Notstandsklausel" treten sollen, hat nichts Überlässiges über evtl. doch bestehende Bindungen einer künftigen gesamtdeutschen Regierung durch westliche Verträge erfahren, nichts über eine Kühnigungsklausel.

Mendès-France hat in der Nationalversammlung gesagt, es würde zwei bis drei Jahre erfordern, die westdeutsche Wiederaufrüstung zu verwirklichen. Er befindet sich damit in Übereinstimmung mit dem Urteil der deutschen Militärexperten. Der französische Ministerpräsident hatte die

Frage gestellt: "Gibt es eine Übereinstimmung zwischen der Haltung, das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarung zu betreiben und der Einstellung, stets zu Verhandlungen (mit der Sowjetunion) bereit zu sein?" Er hat darauf geantwortet: "Beide Handlungsweisen müssen parallel verfolgt werden", und fügte hinzu: In diesem Zeitraum von zwei bis drei Jahren könnten die Verhandlungen mit der Sowjetunion durchaus "einen Fortschritt gemacht, vielleicht sogar zum Ziele geführt haben in Bezug auf die Abrüstung und die anderen grossen internationalen Fragen. Falls man zu einer Vereinbarung über die Herabsetzung der Rüstung kommen würde, würde sie natürlich die deutschen Streitkräfte wie die anderen betreffen".

Diese Klarstellung Mendès-France' lief in der Sache auf die gleiche Forderungen hinaus, die für die französischen Sozialisten Guy Mollet erhoben hatte bezügl. der Parallelität weiterer Verhandlungen über die Londoner Akte mit der Eröffnung von Verhandlungen mit der Sowjetunion. Zuletzt hat jetzt auch der Kongress der Partei von Mendès-France in Marseille die Linie dieser sogenannten Parallektion bestätigt, für die in der Nationalversammlung ohne Zweifel eine grosse Mehrheit besteht.

Es ist mit grosser Sicherheit anzunehmen, dass auch in Grossbritannien keine ernsthaften Bedenken gegen diese Gleichzeitigkeit erhoben werden, wenn ein neues ernstzunehmendes sowjetisches Angebot für Verhandlungen vorliegt. Eine andere Haltung würde mit der durch Jahre zutage getretenen Einstellung auch Churchills und Edens im Widerspruch stehen, von Labour ganz zu schweigen, deren führende Männer ihren praktischen Verhandlungswillen durch ihre Reise nach Moskau so überzeugend bewiesen haben. Auch die interfraktionell zusammengesetzte 16köpfige Delegation unter Führung des Konservativen Lord Colerain kam aus der Sowjetunion mit Eindrücken zurück, die ein Ablehnen von Verhandlungen mit den Sowjets vor der Ratifizierung der Londoner Akte und ihrer Ausführungsbestimmungen als widersinnig erscheinen lassen würden.

Der Gedanke der Gleichzeitigkeit beider Bemühungen - der um eine festere westliche Gemeinschaftsposition auch in militärischer Hinsicht und unter Einschluss der Bundesrepublik mit der anderen Bemühung, um die Eröffnung eines neuen Gesprächs mit den Sowjets - dieser Gedanke setzt sich also international immer mehr durch. Darin liegt gewissermassen der anderen Vorstellung, die westliche Einigung - und zwar ihre endgültige

18.10.1954

Verwirklichung durch die Ratifizierung der Verträge und die Aufstellung der Truppen - habe unbedingten Vorrang vor jedem neuen Entspannungs- und Ausgleichsversuch mit der Sowjetunion, sicher ein Fortschritt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatte bereits am 18. September festgestellt, das "neben Verhandlungen über eine bessere europäische Zusammenarbeit Verhandlungen der Westmächte und der Sowjetunion über eine internationale Entspannung geführt werden müssen, bei denen eine Verständigung über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit anzustreben ist. Die Verhandlungen über die europäische Zusammenarbeit und über die internationale Entspannung müssen als gleichwertig und gleich wichtig betrachtet werden."

Die Forderung, in jedem Fall vor endgültigen militärischen Bindungen der Bundesrepublik an den Westen erneut Viermächte-Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen, um zu einem Übereinkommen oder doch zu einer weitgehenden Annäherung der Standpunkte zu kommen, bedeutet keinen Freibrief für die Sowjets, den gegenwärtigen Zustand durch eine, von Zeit zu Zeit immer von neuem vorgetriebene Verhandlungsbereitschaft zu verewigen. Hier wird man vielleicht mit Fristen arbeiten müssen, die großzügig und der Schwierigkeit der Materie angemessen sein sollten - aber doch so bestimmt, dass die Sowjets von ihrer absoluten Ernsthaftigkeit überzeugt sein müssten. Sie müssten wissen, dass nach einem totalen Fehlschlag dieses Versuches die Alternative die Westeuropäische Union unter Einschluss der Bundesrepublik wäre. Auf der anderen Seite wäre der Wille in den USA unerlässlich, hinter diese Politik der Gleichzeitigkeit der Aktionen zu treten, in aufrichtiger Absicht und nicht widerwillig, mit halbem Herzen.

### Rechtfertigung der Koalition

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Mehr als die Hälfte aller österreichischen Wähler hatte am letzten Sonntag über die Zusammensetzung der Landtage von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg zu entscheiden. Ihr Votum ist eindeutig: die Übergrosse Mehrheit des österreichischen Volkes wünscht die Beibehaltung der bisherigen Koalition zwischen den Sozialisten (SPOE) und der überwiegend katholischen Volkspartei (ÖVP). Die Opposition, bestehend aus der Partei der Unabhängigen, eine stark nach rechts tendierende Gruppe mit unverkennbarem nationalsozialistischem Einschlag und den als "Volksopposition" getarnten Kommunisten musste schwere Rückschläge in Kauf nehmen. Der Abbröcklungsprozess bei den Rechteradikalen ist unaufhaltsam und der Zeitpunkt ist nicht mehr allzu fern, wo sie aus dem politischen Leben Österreichs verschwunden sein werden - ein Schicksal, das die österreichischen Kommunisten schon längst ereilt hätte, stünde hinter ihnen nicht gerade das Gewicht der sowjetrussischen Besatzungsmacht.

Die Österreichischen Sozialisten haben, und das ist das zweite auffallende Ergebnis "dieser Baromet er-Wahlen", als einzige Partei grössere Stimmengewinne zu verzeichnen, besonders in ihrer alten Hochburg Wien, wo sie im neuen Landtag mit einem Mehr von sieben Mandaten vertreten sein werden.

Der Ruf Wiens als einer Stadt der guten Schule, der modernen Fürsorge und der modernen Spitäler, als der Stadt des sozialen Wohnungsbaues, war nach dem ersten Weltkrieg unter Karl Seitz als Bürgermeister begründet worden; die Dollfuß- und Schuschnigg-Ära und das Dritte Reich beendeten diese Epoche einer glänzenden Aufbauarbeit, die einst die Bewunderung ganz Europas erregte und die alte Kaiserstadt zum Mekka aller fortschrittlich Gesinnten machte. Die von Sozialisten geführte Stadtverwaltung setzte nach 1945 das Werk ihrer Vorgänger fort und ihr Geist und ihr Werk fanden Niederschlag in einer auf den Ausgleich sozialer Gegensätze beruhenden Politik, die das eigentliche Geheimnis der wachsenden Anziehungskraft der österreichischen Sozialdemokratie für dieses Arbeit- und Bauernvolk

ist.

In neunjähriger Koalitionsbeteiligung gelang es ihr, entscheidende sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen, wie die Verstaatlichung der Grundindustrie und die Ausdehnung des öffentlichen Wohnungsbaues, durchzusetzen und ein innerpolitisches Klima zu schaffen, das zwar nicht frei ist von Spannungen und Auseinandersetzungen mit der katholischen Volkspartei, aber in dem der Wille zur Zusammenarbeit dominiert.

Die Österreicher wünschen keine Unterbrechung dieses Kurses, der ihr Land heute zu einem der sozial fortschrittlichsten Länder in Europa gestaltet hat.

+ + +

Zonenwahlen im Zeichen der Schwäche des  
SED-Regimes

---

M. Die Wahlkomödie in der Sowjetzone hat mit dem erwarteten Ergebnis von fast 100 Prozent aller Stimmen für den SED-Zwangsblock sein Ende gefunden. Obwohl sich die heutige SED-Presse mit "Erfolgsmeldungen" förmlich überschlägt, glaubt wahrscheinlich nicht einmal das ZK der SED selbst daran, dass irgend jemand in der Welt dieses Ergebnis für ernst nimmt. Im Gegenteil, Vorbereitung und Durchführung der "Wahl" haben zur Genüge bewiesen, dass es den Pankower Machthabern dabei trotz vielfältiger Sicherungsmaßnahmen nicht wohl zumute war.

Als die sogenannte "Volkskammer" das "Wahlgesetz" und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen vorlegte, war dabei wenigstens noch ein gewisser Wert auf eine Reihe scheinendemokratischer Förmlichkeiten gelegt, die beachtet werden sollten. Da der Stimzettel die Abgabe von Gegenstimmen praktisch ausschloss, waren Wahlkabinen vorgeschrieben worden. Zwei Tage vor der Wahl jedoch widerrief das SED-Organ "Neues Deutschland" selbst diese

SPD-Pressedienst  
P/IX/236

- 5 -

Föralichkeit und forderte eine offene Stimmabgabe, die durch Diffamierung jedes Benutzers von Wahlkabinen dann auch am 17. Oktober erzwungen wurde.

Da den Wählern auch Umschläge für ihre Stimmzettel verweigert wurden, die Scheine überdies aus so dünnen Papier hergestellt waren, dass eine eventuelle Aufschrift auch auf der Rückseite sichtbar war, konnte sich fast niemand dem Wahlterror entziehen. Dennoch traute das ZK nicht einmal seinen eigenen Sicherungsmaßnahmen, sondern legte die Wahlergebnisse bereits vor der Wahl fest. Das Presseamt der "DDR"-Regierung zitierte am 15. Oktober die Chefredakteure der Zonenpresse, um ihnen bereits genaueste Instruktionen für die Ausgaben vom Tag nach der Wahl zu geben. Dabei wurden bereits Ergebnisse detailliert mitgeteilt, bei der Wahlbeteiligung sogar auf Stunden differenziert. Wie gesagt, das war zwei Tage vorher.

Mit diesem Wahlbetrug übelster Art hat sich die SED erneut würdig neben Hitler gestellt, der seine "Wahlen" in der gleichen Weise durchführte. Aber zum Unterschied zu damals ist die Lage für die SED ungleich schlechter. Niemand in der freien Welt denkt daran, die neue "Volkskammer" und die neue "Regierung" als legitimierte Vertreter der scheidendeutschen Bevölkerung zu betrachten. Diese 100 % werden so gewertet, als ob es 150 Prozent gewesen wären .....

+

+

+

### Halbzeit in Baden-Württemberg

K.P.Sch. Der erste Landtag des jüngsten Bundeslandes Baden-Württemberg, der im April 1952 als Verfassungsgebende Landesversammlung zusammentrat, hat nach dem Ende der Sommerpause gleichsam seine erste Halbzeit hinter sich, ja, chronologisch schon etwas mehr. Denn im Frühjahr 1956 läuft seine Legislaturperiode aus und die verantwortlichen Gesetzgeber müssen sich dem Votum des Wählers stellen.

Wie man auch immer über diesen Landtag urteilen mag, der dem jungen Südweststaat seine Verfassung gab und dabei einen sehr vielschichtigen Bevölkerungswillen repräsentiert, eines wird ihm Freund und Feind zugestehen müssen: dass er nämlich für sich in Anspruch nehmen kann, eines der arbeitsfreudigsten deutschen Landesparlamente zu sein. In drei Lesungen wurde die Verfassung beraten und verabschiedet. Angesichts dieser heiklen Aufgabe geriet natürlich die laufende Haushaltsgesetzgebung notwendig in Rückstand. In der Zeit vom April 1953 bis Sommer 1954 hatte die Verfassungsgebende Versammlung, die seit etwa einem Jahr den Namen "Landtag von Baden-Württemberg" führt, nicht weniger als drei Haushaltsjahre gewissermassen aufzuarbeiten. Dennoch sieht der Terminkalender vor, dass der neue Landeshaushalt 1955 termingemäss bis zum 31. März nächsten Jahres verabschiedet sein wird. Hinzukommt noch die laufende, gleichsam die Toutinegesetzgebung, die einen so jungen Organismus ebenfalls vor besonders komplizierte Aufgaben stellt. So sind unter anderem allein der Entwurf eines Landeswahl- und Landesverwaltungsgesetzes, sowie eine neue Gemeinde- und Kreisordnung noch von diesem Landtag zu verabschieden.

Wo aber sind nun die Freunde und Feinde des Südweststaates und seines Parlaments, die vorhin erwähnt wurden? Nach dem Zusammentritt der Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde zunächst eine aus SPD, FDP und BHE bestehende Kleine Koalition gebildet, zu der die CDU als stärkste Fraktion mit 50 von insgesamt 121 Mandaten in scharfer, oft geradezu fanatischer Opposition stand. Innerhalb bei der CDU selbst fand sich eine relativ stattliche Gruppe von Abgeordneten, die dem altadischen Standpunkt anhängen, die also die Regierung der Kleinen Koalition nicht allein wegen ihrer Zusammensetzung, sondern als Repräsentant eines ihrer unerwünschten Staatsgebildes schlechthin ablehnten.

18.10.1954

Es war daher ein Zeichen staatspolitischer Mässigung und Besonnenheit der damaligen Koalitionsparteien, wenn sie nach dem 6. September 1954 die Stunde der Aufnahme der CDU in die Regierung für gekommen hielten, obwohl ihnen das Ergebnis der Bundestagswahl ein solches Verhalten theoretisch keineswegs vorschrieb. Inzwischen hat das Experiment vom vergangenen Herbst zweifellos seine Früchte getragen: die seitdem bestehende Stuttgarter Allparteienkoalition, eine auf die Dauer sicher nicht unbedingt empfehlenswerte, für eine Übergangsepoche jedoch durchaus angemessene und wünschenswerte politische Konstruktion, hielt und hält trotz mancher innerer Druckspannungen gut zusammen. So wurde es möglich, die Verfassung vor einem Jahr mit der moralischen Autorität praktisch des gesamten Parlaments zu verabschieden. So wurde ferner der Beweis dafür erbracht, dass eigenständige und von den Verhältnissen im Bund abweichende politische Kombinationen durchaus tragfähig und sogar notwendig sind, weil die Vielgestaltigkeit des öffentlichen Lebens in einem echten föderalistischen System solches erfordert.

Durch die Beteiligung der CDU an der Regierungsverantwortung sehen sich aber auch die Altbadener, die bis dahin eine politisch nicht ganz unbeachtliche frondierende Gruppe gewesen waren, plötzlich in eine hoffnungslose Defensive gedrängt. So verwandelte sich im Parlament selbst ein ursprünglich noch durchaus politisches in ein psychologisches, und dieses schliesslich in ein pittoreskes Problem. Um so euisiger versuchten die unbelehrbaren Altbadener, die ihren Standpunkt nun einmal nicht in Schönheit beerdigen können, ausserhalb der Parlaments für ihre Sache neue Proselyten zu werben. Augenblicklich ist im badischen Landesteil eine Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung Badens im Gange. Kürzlich tauchte auch wieder einmal der frühere badische Staatspräsident Wohleb aus Lissabon auf, um nach Kräften neues Öl in das mehr und mehr verschwelende Feuer zu giessen.

Dem Südweststaat werden solche absonderlichen Ehrgeize nicht schaden, umsoweniger, als gerade die südbadische Bevölkerung die Vorzüge der Hilfe durch ein lebensfähiges, steuerkräftiges und wirtschaftlich starkes Land mehr als einmal buchstäblich mit Händen greifen konnte. Umso nachdrücklicher erhebt sich die Frage, ob und was der Bundeskanzler als verantwortlicher Aussenminister zu tun gedenkt, um einen von ihm selbst in den diplomatischen Dienst entsandten Politiker endlich von höchst unzulässigen Einnisierungen in innere und sogar in Landesangelegenheiten abzuhalten.